

# NIEDERDEUTSCHES HEIMATBLATT

Mitteilungsblatt der Männer vom Morgenstern  
Heimatbund an Elb- und Wesermündung e. V.

November 1981  
Nr. 383



## Die „Endlösung“ an der Unterweser

Vor vierzig Jahren wurden die jüdischen Mitbürger Bremerhavens deportiert

Am 14. November 1941 konnten die Bürger des damaligen Wesermünde auf der ersten Seite der „Nordwestdeutschen Zeitung“ einen groß aufgemachten Artikel über die „Vernichtungspläne des Weltjudentums“ lesen. Der Verfasser berichtete über eine Veranstaltung in der Stadthalle, in der der Referent „überzeugend vor Augen geführt“ habe, welche „hinterhältige und unheilvolle Rolle das jüdische Schmarotzertum gespielt“ habe. Der „internationale Jude“ sei nämlich der eigentliche „Brandstifter“, der für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sei. Damit habe der Redner, wie die „Nordwestdeutsche Zeitung“ meinte, „jedermann aus dem Herzen gesprochen“.

Dieser Redner war der ehemalige Pfarrer von Borkum, Ludwig Münchmeyer, der schon lange vor 1933 als nationalsozialistischer Agitator durch extrem judenfeindliche Reden aufgefallen war. 1928 war er in einem viel beachteten Prozeß freigesprochen worden, obwohl er Deutschland als eine „Judenrepublik“ bezeichnet hatte. In der ebenso feinsinnig wie rechtslastig geschriebenen Urteilsbegründung hatte es geheißen, daß Pastor Münchmeyer damit nur habe ausdrücken wollen, in welcher „zur Bevölkerungsziffer unverhältnismäßigen Zahl Juden“ in die Regierung gelangt seien.

Münchmeyer war also ein erfahre-

ner „Experte“ in antisemitischen Hetzreden. Dennoch muß die von ihm vertretene These, daß die Juden die eigentliche Schuld am Ausbruch des Krieges trügen, als ebenso wahnwitzig wie perfide angesehen werden. Wurden die Juden doch zu Sündenböcken eines Krieges gestempelt, dessen oberstes Ziel die Vernichtung des Judentums war. Genau dies hatte Hitler bereits am 30. Januar 1939 angekündigt, als er vor aller Öffentlichkeit erklärte: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

Am 20. Januar 1942 ist dann auf der sog. Wannseekonferenz in Berlin die genauere Ausführung dieses Planes beschlossen worden. Dabei wurde unter anderem festgelegt: „Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt.“ Mit diesem „Durchkämmen“, d. h. mit der Deportation der Juden in die sog. Arbeitslager, von wo aus dann der, wie es im Protokoll dieser Konferenz wörtlich heißt, „allfällig endlich verbleibende Restbestand“ in den Vernichtungslagern „entsprechend behandelt“ werden müsse, hatten die

Nazis bereits im Februar 1940 begonnen. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Juden aus den Bezirken Stettin, Schneidemühl und Stralsund nach Osten deportiert. Im Oktober 1941 setzten die Massendeportationen der Berliner Juden ein. Im November des gleichen Jahres traf dieses Schicksal auch die jüdische Gemeinde in Bremerhaven. Am 17. November 1941, also drei Tage nach dem Bericht über die Rede Münchmeyers, wurden die jüdischen Mitbürger Bremerhavens verschleppt. Da die Inhaftierung, die Sammlung und der Abtransport der jüdischen Menschen ja nicht geheimzuhalten war, sondern vor den Augen einer, in der Regel allerdings teilnahmslosen Öffentlichkeit stattfinden mußte, hielten es die Nazi-Führer in Wesermünde für geboten, die antisemitische Hetzpropaganda noch einmal zu verstärken.

Mit dieser judenfeindlichen Hetze hatten die Nazis allerdings schon lange vor der sog. Machtergreifung begonnen. Doch erst nach dem 30. Januar 1933 konnten sie ihre lange vorher deutlich verkündeten judenfeindlichen Punkte ihres Programms in die praktische Politik umsetzen. Am 1. April 1933 wurden die jüdischen Geschäfte boykottiert. In Bremerhaven ließen sich jedoch, wie die NSDAP in internen Schreiben beklagte, und wie Oberbürgermeister Delius selbst den Angehörigen der

Stadtverwaltung meinte, vorwerfen zu müssen, viele Bürger nicht davon abhalten, in den bekannten Geschäften von Schocken, Kahn, Levi, Liepmann und anderen einzukaufen. Daher sahen sich die Nazis gezwungen, ihre antisemitische Propaganda zu verstärken und unnachlässig gegen sog. „Judenfreunde“ vorzugehen, die dennoch Kontakte zu ihren jüdischen Mitbürgern unterhielten. Darin wurden sie allerdings, wie aus vielen Dokumenten im Archiv der Kreisleitung der NSDAP hervorgeht, von einer erschreckend hohen Zahl von „Parteigenossen“ und „Volksgenossen“ unterstützt, die in ebenso penetranter wie vermeintlich „pflichttreuer“ Weise Nachbarn, Freunde und selbst Verwandte denunzierten.

So kam es, daß die jüdischen Mitbürger Schritt für Schritt aus der sog. „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt, diskriminiert und als „Schädlinge am Volksgut“, wie sie der damalige Kreisleiter der NSDAP, Kühn, am 14. 3. 1935 beschimpfte, diffamiert und verfolgt wurden. Schon 1933 wurden Beamte jüdischer Herkunft, sofern sie nicht im ersten Weltkrieg Soldaten gewesen waren, entlassen. 1935 wurden dann alle jüdischen Beamten aus dem Amt gejagt. Im gleichen Jahre wurden Eheschließungen und der Geschlechtsverkehr zwischen Juden und sog. „Ariern“ verboten. Wer gegen diesen neuen „Straftatbestand“ verstieß, kam ins Zuchthaus und von da aus ins KZ. Über derartige „Rassenschande-Prozesse“ ist auch in den Bremerhavener Zeitungen ausführlich und mit einem widerlichen Interesse am Detail berichtet worden.

Bis 1938 sind die Juden dann aus nahezu allen Berufen verdrängt und aus der Wirtschaft ausgeschaltet worden. Die Nazis nannten diese schamlose Ausplünderung „Arisierung“, wobei man, wie es in einer Dienstanweisung von Oberbürgermeister Delius vom 20. 8. 1938 heißt, „vor allem das Augenmerk darauf“ richten sollte, „daß der Ersteher (gemeint ist der Räuber des jüdischen Eigentums) politisch einwandfrei ist, und daß Bindungen aller Art zwischen den Vertragspartnern nach Erfüllung des Vertrages vermieden werden“. Doch gerade gegen diese Bestimmung ist, wie viele Beschwerdebriefe von beutelustigen „Ariern“ zeigen, wiederholt verstoßen worden.

Während der November-Programme von 1938 sind dann in Deutschland 91 Juden ermordet und 26 000 in Konzentrationslager verschleppt worden. Darüber hinaus wurden 7000 Geschäfte und fast alle Synagogen zerstört. In Bremerhaven wurde die 1878 in der Schulstraße errichtete Synagoge geplündert und verbrannt. Bis heute hat man es übrigens in unserer Stadt nicht für notwendig gefunden, an dieser Stelle einen Gedenkstein zu errichten. Immerhin

Fortsetzung Seite 2



Bar-Mizwah(Konfirmations)-Klasse im Schulhof der Synagoge Geestemünde im Jahre 1909. Von links: Rosenthal, Schuster, Sandler, Rosenberg, Otto Bachenheimer, Goldberger, Herrmann Goldmann, Siegmund Wolff, Manfred Lewy, Georg Spiro, Barthold Kirchheimer, Otto Eisenbruch, Steinthal (Privatarchiv Harry Gabcke)

## Unbequeme Ausgaben übernimmt der Kreis

### Vorbildliche Tätigkeiten Hadelns mit Geestemünde 1906

Alte Bücher zu sammeln kann besonders dann sehr lohnend sein, wenn es gezielt getan wird. Wer sich für Geschichte im allgemeinen und für Heimatgeschichte im besonderen interessiert, der stöbert nach Werken, die Auskünfte über vergangene Geschehnisse, Zustände, Maßnahmen und dergleichen geben können. Nicht jedes Detail kann eine noch so wohlbestückte Bücherei, wie es die der Morgensterner ist, bringen. Und eine Leidenschaft, historische Werke zu sammeln, hat der Bremerhavener Schüler Klaas Dierks in sich entdeckt. Er legte freudestrahlend seine jüngste Neuerwerbung vor: „Da steht was drin, was uns hier interessieren könnte!“

Was ist es? Ein Bericht „Aus der sozialen Tätigkeit der preußischen Kreisverwaltungen“ vom Jahre 1906. Man mag stutzen: Was soll das uns, dazu noch was Preußisches? Abwarten! Das Buch will laut Vorwort über die Tätigkeiten der „Kreiskommunalverbände“ und ihre „Wirksamkeit in den verschiedensten Zweigen sozialer Fürsorge, die, über den Rahmen der ursprünglich kommunalen Aufgaben hinausgehend, aus der Eigenart örtlicher Verhältnisse herausgewachsen...“ sind, berichten. Absicht ist, „durch den Hinweis auf praktische Beispiele und Vorbilder zu weiterer Arbeit anzureizen...“ und „...eifrige und fruchtbare Nachfolge im Felde des Wohlfahrtsdienstes...“ zu bewirken.

Wir schauen ins Inhaltsverzeichnis und erkennen zunächst, daß der Begriff „soziale Tätigkeit“ sich im Laufe der letzten 75 Jahre seinem Sinn nach etwas geändert haben muß. Die Worte Sozialhelfer, Sozialfürsorge,

Sozialdienst usw. sind uns heute sehr geläufig.

Damals aber um die Jahrhundertwende galt als soziale Tätigkeit auch „die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse“, „die Förderung des Erziehungs- und Bildungswesens“ und „die Hebung des Sanitätswesens“. Natürlich interessiert uns nun besonders das in dem Buche, was denn aus unserem Raum als „zu fruchtbarer Nachfolge (Nachahmung!) anreizendes Vorbild“ aufgeführt wird, was also als beispielhaft sozial galt. Aus den Kreisen Geestemünde und Hadeln wird berichtet, für den Kreis Lehe Fehlanzeige!

Wenn sich die Hadelner um die Jahrhundertwende bei der „Förderung der Mäßigkeitsbestrebungen“ hervortaten, muß ihnen das Problem der Trunksucht wohl auf den Nägeln gebrannt haben. So gab die Kreisverwaltung neugegründeten Guttemplervereinen „Beihilfen zur ersten Einrichtung“.

Die Landflucht war seinerzeit groß, und man mußte bei der „immer fühlbarer werdenden Arbeiternot alle Mittel versuchen, diesem Übel zu steuern“. Die Hadelner ließen sich etwas einfallen, sie entwickelten „Grundsätze für die Verteilung von Prämien an Dienstboten“. Diese Satzung wird als beispielhaft für alle anderen preußischen Kreise vollständig abgedruckt. Danach zahlt der Kreis den „Dienstboten“ auf dem Lande für 10–15jährige Dienstzeit eine Prämie von 25 Mark. Die Staffel geht weiter bis zur Dienstzeit von 50 Jahren, dann gab es 50 Mark. Aber man baute einen Haken ein, damit die Bediensteten wohl nicht gleich unter Mitnahme der ersten Prämie

fortliefen. Denn „Im Kreise Hadeln erfolgt die Prämierung in der Regel derart, daß das den Dienstboten auszuhandigende Sparkassenbuch bei erstmaliger Prämierung gesperrt wird, und zwar in der Weise, daß der Prämienbetrag für die nächsten fünf Jahre von der Ausstellung des Sparkassenbuchs abgerechnet, nur mit schriftlicher Genehmigung der jedesmaligen Dienstherrschaft abgehoben werden darf“. Wie wir heute wissen, kurlerte man mit dieser Prämierung nur an den Symptomen herum. Die wirklichen Ursachen der damaligen Landflucht, oft unwürdige Unterkunft, manchmal schlechte Behandlung, keine Arbeitszeitregelung und stets geringere Verdienstmöglichkeiten als in der Industriestadt, konnten letztlich auch durch eine Arbeitszeitprämierung nicht behoben werden. Die Unmündigkeit, in der die „Dienstboten“ noch 1906 gehalten wurden, zeigt sich schlaglichtartig in der o. a. Verfügung, wonach ein Abheben der ersten Prämie „nur mit schriftlicher Genehmigung der jedesmaligen Dienstherrschaft“ möglich war.

Auf ganz anderem Gebiet, nämlich den „Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft“, wird der Kreis Geestemünde als sozialer Vorreiter angesehen. Man rechnet vor, „daß sich für diesen Kreis 1900 noch etwa 23 000 ha Oed- und Unland ergeben, also die Gesamtfläche (des Kreises) sich zu mehr als einem vollen Drittel aus zwar augenblicklich ertraglosen, aber zum überwiegenden Teil kulturfähigen Flächen zusammensetzt. Nach Angaben der Gemeindevorsteher sind von diesen über vier Quadratmeilen großen Ländereien un-

kultiviertes Moor 8057,94 ha und aufforstungsfähige Heide 9796,71 ha.“ Hier nun greift die Kreisverwaltung ein. Sie wirft Geld aus zur „Unterstützung genossenschaftlicher Aufforstungen, wodurch die Bildung der Waldgenossenschaften einen festen Rückhalt bekommt“. Diese Unterstützung für die Bauern „erwies sich als besonders nützlich, weil dadurch dem Kreisausschuß die Möglichkeit geschaffen wurde, die genossenschaftlich vereinigten Grundeigentümer von Ausgaben zu entlasten, die zwar dingend notwendig sind, aber andererseits, solange die jungen Bestände noch keinen Ertrag abzuwerfen vermögen, als lästig und unbequem empfunden werden. Hierzu ist einmal die Besoldung eines Forsttechnikers zu rechnen, welcher der jungen Genossenschaft ständig zur Seite stehen muß, und dazu kommen die an sich mäßigen Kosten der Versicherung gegen Feuerschaden, welche trotz der geringen Prämien meist unterbleibt“. Der Forsttechniker soll beraten, damit bei „fragwürdigen Versuchen auf mindergeeignetem Boden... unerwünschte Enttäuschungen“ unterbleiben. Würde es heute als „Soziale Tätigkeit“ angesehen werden, wenn unser Großkreis Cuxhaven seine Bürger von den „als lästig und unbequem empfundenen Ausgaben“ entlastete?

Zur „Hebung der Viehzucht“ wird ein 1904 im Kreis Geestemünde erlassenes „Reglement über die Verteilung von Prämien für gute Zuchttiere“ als Muster aufgeführt. Bis ins einzelne ist die Verteilung „hoher Prämien“ geregelt. Die Besitzer prä-

Fortsetzung Seite 3

## „Endlösung“...

Fortsetzung von Seite 1

wurden 1948 einige der nationalsozialistischen Rädelsführer bei diesen Programmen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Dabei wurde unter anderem aufgedeckt, daß einige der Täter die judenfeindlichen Aktionen auch dazu genutzt hatten, um sich am Eigentum ihrer jüdischen Mitbürger zu bereichern. Dies – und nicht etwa die Grausamkeiten gegenüber den Juden – ist schon damals in den internen Kreisen der NSDAP beklagt worden.

Doch das, was 1938 bekannt war, ist schon schlimm genug. So ließ sich der Redakteur der „Wesermünder Neuesten Nachrichten“ zu dem folgenden, entlarvenden Satz hinreißen: „Menschen sind bei diesen verständlichen Vorkommnissen (gemeint ist die Pogromnacht) nicht zu Schaden gekommen. Eine Reihe von Juden wurde in Schutzhaft genommen.“

Zu den Juden, die nicht nur beraubt, sondern auch geschlagen, gefoltert und in „Schutzhaft“ genommen, d. h. in ein Konzentrationslager gebracht wurden, und die von den „Wesermünder Neuesten Nachrichten“ offensichtlich nicht mehr zu den Menschen gezählt wurden, gehörte auch der Inhaber des Textilgeschäftes in der „Bürger“, Dagobert Kahn. Kahn hatte den besonderen Zorn der SA- und SS-Horden auf sich gezogen, weil er als hochdekoriert Frontkämpfer des ersten Weltkrieges und als Vorsitzender des Ortsvereins des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten nach 1933 gewagt hatte, ein Protesttelegramm an den damaligen Reichspräsidenten Hindenburg zu senden und es zusammen mit seinen Orden und Ehrenzeichen im Fenster seines Geschäftes öffentlich

auszustellen. Dagobert Kahn wurde bereits schwer verletzt nach Dachau gebracht, wo er kurz darauf an den Folgen der Mißhandlungen starb.

Ebenfalls noch in das Jahr 1938 fiel der Erlass einer judenfeindlichen Bestimmung, über die auch die Bremerhavener Zeitungen sehr ausführlich berichteten. Gemeint ist die Einführung von Wohnbeschränkungen für Juden, die dann im Januar 1939 durch die völlige Aufhebung des Mieterschutzes ersetzt wurde. Danach konnten, wie es in der „Nordwestdeutschen Zeitung“ zu lesen war, die „Glieder einer Hausgemeinschaft allein... feststellen, ... von welchem Zeitpunkt ab die Anwesenheit jüdischer Mieter von ihnen als Belästigung... empfunden“ werde. Im Klartext heißt das, daß eine jüdische Familie einfach auf die Straße gesetzt werden konnte, wenn ein „arischer“ Nachbar gern ihre Wohnung haben wollte.

In der Folgezeit häuften sich dann die judenfeindlichen Gesetze, Verordnungen und Anordnungen zu Verordnungen. Schließlich war den Juden so gut wie alles verboten, allein die Verpflichtung zur Sklavenarbeit und zur Ablieferung auch des letzten noch verbliebenen Eigentums war geboten. Juden durften keine öffentlichen Schulen, Universitäten, Theater, Konzerte, Ausstellungen, Kinos und Badeanstalten mehr besuchen. Sie hatten ihre Radioapparate, Kraftwagen und Telefone abzuliefern. Sie durften keine Zeitungen mehr kaufen, keine Orden und Ehrenzeichen tragen, keine Titel im Verkehr mit Behörden führen, keine Brieftauben, Hunde, Katzen und andere Haustiere halten. Ihnen war der Erwerb von Fleisch, Fisch, Weißbrot, Eiern, Tabak, Milch und von Kleidungsstücken nicht erlaubt. Nur zu gewissen Zeiten war ihnen auf ihrem Weg zur Sklavenarbeit die Benutzung der öffentlichen Ver-

kehrsmittel gestattet, wo sie sich jedoch nicht setzen durften. Seit dem 19. September 1941 mußten sie auf ihrer Kleidung den gelben Stern als äußeres Zeichen ihrer Diskriminierung tragen. 1943 wurden sie, so weit sie überhaupt noch in Deutschland „lebten“, der Strafgerichtsbarkeit entzogen, d. h. praktisch für vogelfrei erklärt.

Insgesamt gab es nicht weniger als 432 solcher Ausnahmegesetze gegenüber den Juden, die keineswegs nur von fanatischen Nationalsozialisten, sondern auch von vielen „ordentlichen“ Beamten erlassen und in die Praxis umgesetzt wurden. Sie sind heute in den Archiven, zum überwiegenden Teil aber auch in den damaligen Zeitungen zu finden. Dies gilt für das gesamte Reichsgebiet genau wie für Bremerhaven. Daher läßt sich das Ende der jüdischen Gemeinde in Bremerhaven sehr genau beschreiben.

Begonnen hatte die Geschichte der Juden an der Unterweser mit einem

großartigen Plan, der, wenn er verwirklicht worden wäre, sich sicherlich sehr segensreich auf das Leben der christlichen Mehrheit und jüdischen Minderheit ausgewirkt hätte. Gemeint ist die Denkschrift, die der Staatspräsident Kleiwe in Stade im Jahre 1873 an seinen Herrn, den schwedischen König Carl XI. schickte, und in der er verschiedene Vorschläge für den Aufbau der neuen Stadt Carlsburg an der Unterweser unterbreitete. Um das neue Carlsburg zu bevölkern, sollten die Verfolgten aus der ganzen Welt herbeigerufen werden. Dabei dachte Kleiwe nicht nur an Lutheraner und Hugenotten aus Frankreich und Katholiken aus England, sondern auch an portugiesische Juden und „andere Juden, so großes Vermögen sein werden“. Die Angehörigen aller Religionsgemeinschaften sollten sich einer toleranten Behandlung erfreuen und, so weit wie möglich, gleich gestellt und gleich behandelt werden. Wenn man seinem Rat folge, dann werde, so meinte dieser in schwedischen Diensten stehende Beamte, das neue Carlsburg an der Unterweser zum „vornehmsten Emporium Europas“ werden und sehr bald Amsterdam übertreffen.

Wir wissen, daß das erst 150 Jahre später gegründete Bremerhaven bis heute nicht Amsterdam überflügelt hat. Es sieht auch nicht so aus, als ob dies in absehbarer Zeit der Fall sein wird. Doch ist Bremerhaven wenigstens, wie es Kleiwe vor über dreihundert Jahren empfahl und in einer großen Utopie verkündete, zur Stadt der Toleranz und zur Zuflucht der Verfolgten geworden? Haben wir in unserem heutigen Verhalten gegenüber den Minderheiten in unserer Stadt die Lehren aus der Geschichte des letzten Abschnittes der jüdischen Minderheit in Bremerhaven gezogen, die vor genau vierzig Jahren vernichtet wurde?

Dr. Wolfgang Wippermann



Aus Nordwestdeutsche Zeitung vom 8. 9. 1941

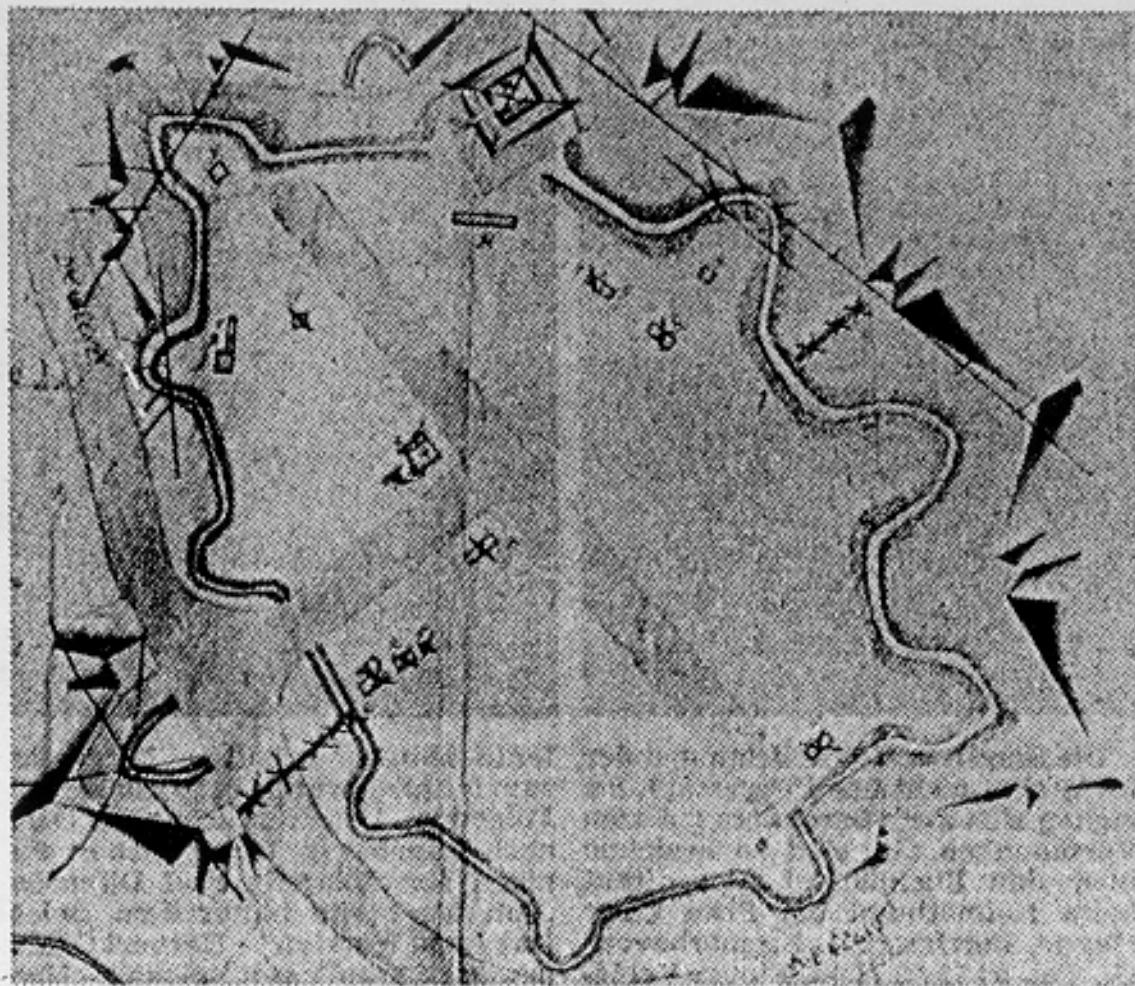
# Vom Brauhaus der Carlsburg zum Schulhaus von Lehe

Alte Leher Schule stand ursprünglich in Stadt und Festung Carlsburg

Die Ursprünge des Schulwesens in Lehe in mittelalterlicher Zeit verlieren sich im Dunkel der Geschichte. Angesichts der dürftigen Quellenlage ist kaum zu erwarten, daß die mittelalterliche Schulgeschichte Lehes noch erhellt werden kann. Nur glückliche Quellenfunde vermögen hier noch Abhilfe zu schaffen. In vorreformatorischer Zeit ist selbstverständlich davon auszugehen, daß die Schule eine Lateinschule gewesen ist.

Der Geschichtsschreiber Lehes, Hermann Schröder, hat sich mit der Schulgeschichte Lehes in seiner 1927 erschienenen „Geschichte der Stadt Lehe“ eingehend beschäftigt und die bisher bekannten Quellen ausgeschöpft. Danach war Johannes Bolsen der erste evangelische Pastor in Lehe. Bolsen hatte in Wittenberg studiert und war 1522 an der dortigen Universität immatrikuliert worden. Luther und andere Reformatoren sollen seine Lehrer gewesen sein. Nach einem Schreiben des bremischen Rats aus dem Jahre 1530 erfahren wir, daß die Einwohner von Lehe damals schon die lutherische Lehre angenommen hatten. Bolsen, Prediger der ersten evangelischen Gemeinde, ging an die Gründung einer Fleckenschule. Die Gemeinde folgte ihm, und auf dem Hof „Unser lieben Frauen“, südlich vom Kirchhof, wurde eine Schule gebaut. Die ersten bekannten Lehrer waren Christian Emptes und Nikolaus Bohlens, ein Sohn des genannten Pastors Johannes Bolsen. Beide hatten in Wittenberg studiert.

Am Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts vollzog sich in Lehe der Übergang zum reformierten Bekenntnis, ein Vorgang, der in Bremen schon zuvor geschehen war. Die Zahl der Reformierten war in dieser Zeit weit größer als die der Lutheraner, der Einwohner Lehes also, die bei ihrem früheren Bekenntnis blieben. Bezeichnenderweise zählten die vermögenden Leute in Lehe zum



Abriß der demolierten Festung Carlsburg. Der Plan stammt aus den 80er Jahren des 17. Jahrhunderts. Die abgetragenen Gebäude wurden ausgetrichen (Aus: Herbert und Inge Schwarzwälder, Bremerhaven und seine Vorgängergemeinden, Bremerhaven 1977, S. 49, Nr. 63)

reformierten Bekenntnis. Es ist nun keineswegs eine Erscheinung, die nur auf Lehe beschränkt ist, daß die gemeindliche Führungsschicht zur reformierten Konfession gehörte. Auch in anderen kleineren Städten Norddeutschlands ist derartiges anzutreffen. Während der Schwedenzeit gerieten die Reformierten allerdings wieder in Bedrängnis. Die Zahl der Lutheraner nahm zu. Aus einem Verzeichnis des Jahres 1692 geht hervor, daß auch Angehörige alter Familien zu den Lutheranern zählten. Es kommen Namen, wie Bohlens, Eden, Eiten, Embts, Sonntag, Timmermann und andere darin vor. In einem Gutachten des Jahres 1685 ist zu lesen, daß die Lutheraner in voraufgegangenen Zeiten erheblichen Pressionen seitens der Reformierten ausgesetzt gewesen wären und die Reformierten auch den Schweinehirten bewogen hätten, zur reformierten Gemeinde überzutreten.

In diesen Zusammenhängen ist bemerkenswert, daß – nach den Forschungen von Hermann Schröder – 1686 die erste lutherische Schule wahrscheinlich in Lehe gebaut worden ist. Diese sollte ursprünglich am Kirchhof an der Stelle des „Klockhauses“ und des „Schüttkovens“ stehen, wurde jedoch neben der Pfarre hinter dem Kirchhof erbaut. Wie Hermann Schröder weiter bemerkt, schenkte die Regierung in Stade zum Schulbau „Holz und Steine einer karlsburgischen Baracke“.

Anlässlich seiner Studien im Staatsarchiv Stade stieß der Verfasser dieser Zeilen auf Akten, die zum Zustandekommen dieses Schulbaus näheres auszusagen in der Lage sind. Danach wendet sich im Mai 1683 der Schul- und Armenvorsteher der lutherischen Gemeinde in Lehe, Diederich Timmermann, an die Regierung in Stade mit der Bitte, ein Gebäude aus der Festung Carlsburg zur Erbauung einer lutherischen Kirche oder Schule zu schenken. Er hebt dabei hervor, daß die lutherische Gemeinde, die „mehrentheils aus Handwerksleuten und Tagelöhnern besteht“, aus eigenen Mitteln keine Kirche bauen könne. Wenn aber die evangelische Religion hier nicht zugrunde gehen solle, sei es nötig, zur „Fortpflanzung der evangelischen Religion“ eins von den in der Carls-

burg befindlichen Gebäuden „zur Erbauung einer Lutherischen Kirche oder zum wenigstens einer Schule gnädigst zu verehren.“

Diese Bitte steht im Zusammenhang damit, daß damals von der schwedischen Regierung die Schleifung der Carlsburg angeordnet wor-

den war. In einem zweiten Schreiben, jetzt von der lutherischen Gemeinde zu Lehe an Gouverneur und Regierung in Stade gerichtet, heißt es, daß die Häuser in der Festung Carlsburg abgebrochen und demoliert werden sollen und man bei dieser Gelegenheit mit der Bitte an die Regierung herantrete, in Anbetracht des schlechten Zustandes des Ortes, die Gemeinde mit einem „Häuschen“, etwa dem Brauhaus, zu begaben. Das Haus soll zu einer Schule hergerichtet werden. Diese Bitte wird verbunden mit dem Hinweis, daß dies „unser lieben Jugend zum besten aufnehmen in Ihrem Christenthumb gereicht“. Das Brauhaus lag in der Carlsburg zwischen der Kommandantur und dem sogenannten „Stall“.

Da tatsächlich später die lutherische Schule in Lehe aus einem Gebäude der Carlsburg erbaut worden ist, ist augenscheinlich die Regierung in Stade dem Wunsch der lutherischen Gemeinde Lehes aus dem Jahre 1683 gefolgt. Mit einigem Recht kann auch vermutet werden, daß in dem Schulgebäude der lutherischen Gemeinde, das 1902 abgebrochen wurde, das Brauhaus der Carlsburg wieder Verwendung gefunden hat. Jedenfalls hat ohne jeden Zweifel die Geschichte der schwedischen Carlsburg an der Unterweser in Lehe ihren höchst realen Niederschlag in Gestalt eines Schulgebäudes gefunden. – Zu erinnern wäre in diesem Zusammenhang auch daran, daß unweit dieser Schule wenige Jahre zuvor (1680) die Alte Apotheke gegründet wurde.

Quelle: Staatsarchiv Stade, Rep. 5a, Fach 418, Nr. 82

Dr. Burchard Schepers

## Unbequeme Ausgaben ...

Fortsetzung von Seite 3

mierter Stiere mußten sich verpflichten, diese „bis zur nächsten Hauptkörnung im Herbst des folgenden Jahres innerhalb des Kreises Geestemünde zum Decken zu verwenden.“ Zweifellos dürfte durch diese „soziale Tätigkeit“ der Prämiierung guter Zuchtstiere eine bis dahin wohl im argen liegende Leistungsverbesserung in der Milchviehhaltung in Gang gebracht worden sein.

Auch zur „Hebung der Obstzucht“ läßt sich Geestemünde etwas einfallen. 1904 werden „1100 ausgewählte gute Obstbäume bezogen, die zu ermäßigten Preisen (an Kreisangesessene) abgegeben wurden“. Leider wird nicht übermitteln, um welche Sorten es sich handelte. Vielleicht hätte sich so ermitteln lassen, wo noch ein Veteran aus dieser Pflanzaktion heute sein Leben fristet. Geradezu ökologische Kenntnis beweist folgender Abschnitt: „Zur Bekämpfung der Obstbaumschädlinge hat der Kreis Geestemünde in einer Ortschaft den Versuch mit der Verteilung von 100 Nisthöhlen über das ganze Dorf gemacht, um den kleinen Singvögeln, welche die wirksamsten Vertilger des Ungeziefers sind, Brutgelegenheit zu schaffen.“

Soweit die Auskünfte über unseren Raum aus dem o. a. Buch. Wollte man die Verwaltungsberichte der Kreise heute aufarbeiten, was dürfte bei uns beispielsweise für andere sein?

Klaus Dobers

## Kunstkalender 1982 für die Mühlen

Kunstkalender 1982



Auch für das Jahr 1982 hat die Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln einen großformatigen Kunstkalender mit Kohlezeichnungen von Christian Probst herausgebracht. Das Titelblatt zeigt die Galerieholmländer in Schiffdorf, die durch die Initiative des dortigen Mühlenvereins nun restauriert wird. Hilfreich sind dabei auch die finanziellen Zuschüsse des Mühlenfonds des Heimatbundes der Männer vom Morgenstern gewesen. Die auch für jeden neuen Kunstkalender erhobene Schutzgebühr von 3 Mark soll wieder in voller Höhe diesem Fonds zur Erhaltung der für unsere Region so charakteristischen Wind- und Wassermühlen zufließen.

Vorgestellt wurde dieser Kunstkalender 1982 am 11. November 1981 während einer Gemeinschaftsveranstaltung der Kreissparkasse mit den Männern vom Morgenstern im Festsaal der Burg Bederkesa. Pro-

fessor Dipl.-Ing. Dr. Heinz Meyer-Bruck aus Buxtehude, der auch mit Studenten der Fachhochschule Nordost-Niedersachsen in diesem Jahr eine exakte Bauaufnahme der im Vorjahr von der Samtgemeinde Bederkesa erworbenen Wassermühle in Hainmühlen durchgeführt hat, hielt an diesem Abend einen Lichtbildervortrag zum Thema „Baupflege – Heimatpflege“.

Folgende Motive sind diesmal im sog. Mühlenkalender berücksichtigt: die Kirche in Loxstedt, die Wassermühle Kleinmühlen in Lamstedt, der Leuchtturm des Simon Loschen am Neuen Hafen von Bremerhaven, die Burg Hagen im Bremischen, das Kranichhaus in Otterndorf, Dorumer Granatkutter, die Kirche in Hemmoor-Basbeck, der Hafen von Neuhaus an der Oste, die Windmühle in Schiffdorf, ein Blick auf den Deutschen Olymp in der Wingst, die Kanzel des Michael Ringmaker in der St.-Jacobi-Kirche von Cuxhaven-Lüdingworth und die Burg in Bederkesa.

Der Kalender ist inzwischen in allen Zweigstellen der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln, für Morgensterner außerdem bei der stellv. Schriftführerin C. Heyne, Borriesstr. 1, Bremerhaven-G., erhältlich.

Das „Niederdeutsche Heimatblatt“ erscheint monatlich als Beilage der Nordsee-Zeitung/Nordwestdeutsche Zeitung. Es kann gesondert bezogen werden zum Preis von jährlich DM 6,-. Druck und Verlag: Ditzgen Druck und Verlags-GmbH, Bremerhaven, Hafenstraße 140 (Postcheckkonto Hamburg 136 96).

Redaktionsausschuß Bernd Behrens, Klaus Dobers, Heinrich Egon Hansen, Dr. Rudolf Lembcke und Dr. Burchard Schepers. Anschrift für alle und Beiträge an Dr. Burchard Schepers, Magistrat der Stadt Bremerhaven, Stadthaus, 2850 Bremerhaven, Postfach 21 03 60.

# UMSCHAU

Thassilo von der Decken  
70 Jahre

Am 1. Dezember 1981 vollendet der langjährige Oberkreisdirektor des Landkreises Stade, Thassilo von der Decken, sein 70. Lebensjahr. Der rührige Jubilar steht noch heute an der Spitze mehrerer Institutionen im Elbe-Weser-Dreieck: der „Landschaft der Herzogtümer Bremen und Verden“, der „Ritterschaft des Herzogtums Bremen“, des „Ritterschaftlichen Kreditinstituts“, des „Stader Geschichts- und Heimatvereins“, des „Museumsvereins Stade“ und des „Landschaftsverbandes der ehemaligen Herzogtümer Bremen und Verden“, dem auf von der Deckens Initiative 1963 gegründeten Zusammenschluß von Landkreisen, Städten, Gemeinden und Heimatverbänden; er widmet sich kulturellen Fragen.

## Buch über die Kaiserstraße in Bremerhaven

Kürzlich erschien bei der Ditzten Druck und Verlags-GmbH das mit zeitgenössischen Bildern versehene Bändchen „Kaiserstraße; eine Straße erzählt“ (64 S.). In ihm hat Evelyn Sjøvall eigene Beiträge und Texte von Hein Carstens, Annelise Dahmer, Harry Gabcke, Ursula Künning und Christian Lindhoff über die wohlbekannte, inzwischen 85 Jahre alte Bremerhavener Kaiserstraße zusammengefaßt. – Ob dieses Büchlein endlich einmal den Anstoß gibt, daß die Bremerhavener Stadtväter auch amtlich dieser Straße wieder ihren volkstümlichen und ursprünglichen Namen „Kaiserstraße“ verleihen?

## Festschrift 75 Jahre Volksbank Bederkesa

Anlässlich des 75jährigen Bestehens der 1906 als Spar- und Darlehnskasse gegründeten Volksbank Bederkesa ist eine 68seitige Festschrift erschienen, in der sich die Geschichte dieses Geldinstituts widerspiegelt. Volksbank-Geschäftsführer Manfred Massow und Bederkesas Ortsheimatpfleger Ernst Beplate konnten nach langwieriger Materialbeschaffungszeit damit ein interessantes, mit zeitgenössischen Bildern versehenes Heft zur Entwicklung der Volksbank Bederkesa vorlegen. Die Herstellung besorgte die Ditzten Druck und Verlags-GmbH in Bremerhaven.

## Kulturpreis für Hilde Fürstenberg

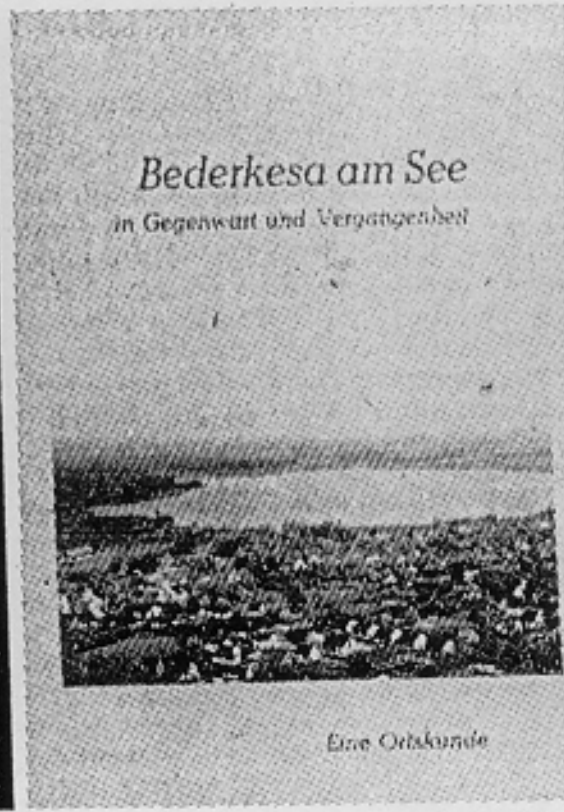
Der Schriftstellerin Hilde Fürstenberg wurde am 29. Oktober 1981 in einer Feierstunde im Theatersaal des Collegium Augustinum in Mölln der Kulturpreis der Stiftung Herzogtum Lauenburg verliehen. Frau



Die Sonderveröffentlichungen der MvM sind nicht nur interessant, sie eignen sich auch besonders gut zum Verschenken. Sie sind zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim Heimatbund bei Frau Carla Heyne, Borriesstr. 1, Bremerhaven-G., Tel. 04 71 / 2 71 43. Einige Veröf-



fentlichungen erhalten Mitglieder zum Mitgliederpreis bei Frau Heyne. Folgende Veröffentlichungen sind noch lieferbar (z. T. nur noch in wenigen Exemplaren): Rolf Dirksen: „Am Meer und hinter dem Deich. Das Land Wursten“ – Herbert Offermann: „Chronik von Spieka“ – Her-



mann Haiduck: „Die mittelalterlichen Kirchen des Landes Wursten“ – „Bederkesa am See“, eine Ortskunde – Opfretten do ik di doch, eine plattdeutsche Anthologie – Benno Eide Siebs: „Lebensbilder von der Elb- und Wesermündung“ – Rudolph Möllencamp: „Die friesischen Sprachdenkmale des Landes Wursten“.

Fürstenberg ist auch in unserer Gegend keine Unbekannte. Schon in den dreißiger Jahren wirkte sie als Feuilleton-Schriftleiterin an der damaligen Nordwestdeutschen Zeitung, einer Vorgängerin der heutigen Nordsee-Zeitung in Bremerhaven. Vor zwei Jahren erschien das mittlerweile in 2. Auflage vorliegende Erinnerungsbuch „Das Glück von Deichsende“, in dem die Autorin ihre Kriegs- und Nachkriegserlebnisse in dem kleinen Dorf Berensch an der Nordseeküste schildert. Anlässlich der Herausgabe der „Chronik von Spieka“ von Herbert Offermann im März dieses Jahres hielt die Morgensternerin Hilde Fürstenberg das Festreferat während der Präsentationsveranstaltung des Heimatbundes der Männer vom Morgenstern in der Spiekaer Kirche. Die neue Preisträgerin wird voraussichtlich im ersten Quartal 1982 in einer Matinee im Kleinen Haus des Stadttheaters Bremerhaven aus ihren Werken lesen.

## „Lünkenlarm“ bei der Niederdeutschen Bühne „Waterkant“

Bei der Niederdeutschen Bühne „Waterkant“ sind die Proben angelaufen für die Aufführungen der niederdeutschen Komödie „Lünkenlarm oder De sülvvern Hochtiet“ von Paul Schurek. Dieses lehrreiche Sextett in plattdeutscher Tonart, das am Silvesterabend erstmals im

Kleinen Haus des Stadttheaters Bremerhaven über die Bühne gehen soll, wird von Kurt Müller-Reitzner einstudiert. Mitwirkende sind Gesa Sollbusch, Ute Kof, Gitta Wiemken; Karl-Hans Gebken, Heinrich E. Hansen und Günter Petershagen. Der Entwurf des Bühnenbildes stammt von Hans Lukas.

## Arbeitsgespräch über Stadtgeschichtsforschung

Über Fragen niederländischer und deutscher Stadtgeschichtsforschung fand im Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster am 30. und 31. Oktober 1981 eine sehr fruchtbare Arbeitstagung statt. Nach einer Sitzung über den deutschen und niederländischen Städte-Atlas stand die mittelalterliche Stadt im europäischen Nordwestraum in mehreren Beiträgen und vielen Aussprachen zur Debatte. Dabei wurden Probleme der mittelalterlichen Stadtgeschichte im Küstenraum angesprochen und das friesische Städtewesen bis zum Ausgang des Mittelalters dargestellt. Schließlich wurden dann noch eingehend die Probleme des niederländischen Städtebürgertums in der frühen Neuzeit behandelt und diskutiert. Es zeigte sich dabei, daß die Niederländer in den nordwestdeutschen Städten im 16. und 17. Jahrhundert, vor allem an der Westküste Holsteins, eine bisher noch nicht voll erfaßte und gewürdigte Rolle spielten. An der Sitzung nahmen Historiker von verschiedenen Universitäten und Instituten der Niederlande und der Bundesrepublik teil. Unter ihnen befanden sich Prof. Dr. Heinrich Schmidt, Oldenburg, Dr. Halo van Lengen, Aurich, und Dr. Burchard Scheper, Bremerhaven. Halo van Lengen hielt ein vielbeachtetes Referat über das friesische Städtewesen während des Mittelalters.

## Bauernhausverein Lehe

Die Jahreshauptversammlung des Bauernhausvereins Lehe findet am Freitag, dem 4. Dezember 1981, um 17.00 Uhr im Flett des Marschenhauses in Speckenbüttel statt. Nach Abschluß der Tagesordnung wird Frau Annedore Christiansen, Oldenburg, aus ihrem Buch „Freetied un Hinnerk“ vorlesen. Der Vorstand des Bauernhausvereins bittet darum, der Einladung recht zahlreich Folge zu leisten.

## Deutscher Archivtag in Heilbronn

Der 54. Deutsche Archivtag fand vom 5. bis 6. Oktober 1981 in der alten schwäbischen Reichsstadt Heilbronn am Neckar statt. Mehr als 600 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland waren in der vom letzten Weltkrieg arg zerstörten und dann großenteils modern wiederaufgebauten Industrie- und Weinbaumetropole zusammengekommen. Sie hörten und diskutierten Referate über Literaturarchive, nichtschriftliche Archivbestände, wirtschaftsgeschichtliche Themen und über Fragen der Berufsausbildung. Die Tagung war verbunden mit dem „Tag der Landesgeschichte“, der traditionell von den deutschen Geschichts- und Altertumsvereinen veranstaltet wird und gleichfalls mehrere hundert Teilnehmer – darunter zahlreiche Hochschullehrer – zählte.

## Die Flakhelfer

Unter diesem Titel mit dem Zusatz „Luftwaffenhelfer und Marinehelfer im Zweiten Weltkrieg“ legt Hans-Dietrich Nicolaisen, im Zweiten Weltkrieg selbst Flakhelfer, jetzt Historiker und Studiendirektor in Büsum, ein Sachbuch über den Einsatz der häufig als „Kindersoldaten“ apostrophierten Luftwaffen- und Marinehelfer im zweiten Weltkrieg vor. Erschienen ist das Buch im Ullstein-Verlag, Berlin. Eine umfangreiche Monographie über den Einsatz der Luftwaffen- und Marinehelfer im Zweiten Weltkrieg. Darstellung und Dokumentation vom gleichen Autor soll gegen Jahresende oder zu Beginn des kommenden Jahres folgen. Der Band kostet DM 36,- und bietet eine Fülle von interessanten Ereignissen, die die Generation der heute über 50jährigen, damals 15- und 16jährigen Flakhelfer, bis zu einem gewissen Grade geprägt haben. Es war eine Generation zwischen den Fronten. Zu ihr zählt auch der derzeitige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, der als Marinehelfer in Neufelderkoog Dienst tat.

Illustration und Text bieten eine Reihe von Hinweisen auf die Flakhelfer während der letzten Kriegsjahre im hiesigen Raum. Das Buch ist geeignet, Erinnerung und Mahnung zugleich zu sein.



## Düt un dat ut de Muuskist

### Ooltmoodsche Farkentucht

Vondaag gifft dat ja Lüüd, de treckt von de Stadt op't Land un wüllt dar mit sülvst backt Brot un sülvst spinnen un knütt Tüüch 'n ganz neet Leven anfangen.

Jürgen un siene Nicole hebbt vergangen Jahr eerst jehr Wahnung in Bremerhaven opgeven. Se haarn sik 'n ole Kaat achtern Diek in de Osterstader Masch meedt un 'n beten trechtklütert. Höhner, Göös un Aanten lepen ok al bi jem op 'n Hoff rum.

Nu wull Nicole geern noch so'n paar nüüdliche Farken hebben. Se fraag ehren Naver Olcher Campsen, wo se dar woll to kamen kunn.

„Och“, meen de, „ik will Ehnen woll eene von miene Sögen verköpen, un denn mööt Se darmit na Jan Sibbern sienen Ever hen.“

Na, Nicole hett de Söög gliicks kofft. Un Jürgen hett de Söög op de Schuufkarr sett un is dar mit na Jan Sibbern sienen Ever henführt.

As Nicole den annern Morgen neeschierig in 'n Swienstall keem, weern aver noch kene Farken dar. Do muß Jürgen wedder mit de Schuufkaar un de Söög los na 'n Ever.

Man den annern Dag kunn Nicole jümmer noch kene Farken in 'n Swienstall finnen. Se verjaag sik blots 'n beten; denn de Söög seet al wedder op de Schuufkaar! HEH